

## Fallübersicht

### Fall 1: Kampf gegen Rechts

31-47

Prozessual: Eilantrag gem. § 80 V VwGO; Antragsbefugnis bzw. Prozessfähigkeit einer Personenmehrheit

Materiell: Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Begriff der Versammlung; Unfriedlichkeit einer Versammlung; Verbot einer Versammlung; Verfassungsmäßigkeit des § 15 I VersG

### Fall 2: Demonstrationsverbot am Holocaust-Mahnmal

48-57

Prozessual: Einstweilige Anordnung gem. § 32 BVerfGG; Antragsbefugnis bzw. Prozessfähigkeit einer Personenmehrheit

Materiell: Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Verbot einer Versammlung an historisch bedeutsamen Orten und diesbezügliche Auflagen; Verfassungsmäßigkeit des § 15 II VersG

### Fall 3: Die streitbaren Klonversuche

58-84

Prozessual: Erweiterte Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 I S. 4 VwGO analog; Verbindung mehrerer Klagebegehren in einer Klage (objektive Klagehäufung)

Materiell: Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Polizeikontrollen (Identitätsfeststellungen und Durchsuchungen) im Vorfeld einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel; Unfriedlichkeit einer Versammlung; Polizeimaßnahmen (Platzverweis und Ingewahrsamnahme) während einer Versammlung unter freiem Himmel; Problem des Rückgriffs auf das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht im Vorfeld einer Versammlung (Polizeifestigkeit einer Versammlung); Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich des Versammlungsrechts; Zitiergebot des Art. 19 I S. 2 GG

### Fall 4: Immer Ärger mit dem Castor

85-115

Prozessual: Erweiterte Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 I S. 4 VwGO analog; Verbindung mehrerer Klagebegehren in einer Klage (objektive Klagehäufung)

Materiell: Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Polizeikontrollen (Bildaufnahmen, Identitätsfeststellungen, Durchsuchungen, Ingewahrsamnahme, Datenabfrage etc.) im Vorfeld einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel; Unfriedlichkeit einer Versammlung; Polizeimaßnahmen (Ingewahrsamnahme; Verbringungsgewahrsam; Zwang) während einer Versammlung unter freiem Himmel; Problem des Rückgriffs auf das allgemeine POR im Rahmen einer Versammlung (Polizeifestigkeit einer Versammlung); Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich des Versammlungsrechts; Zitiergebot des Art. 19 I S. 2 GG; Ausschluss Einzelner von einer Versammlung gem. § 18 III VersG bzw. § 19 IV VersG; Verfassungsmäßigkeit der §§ 18 III, 19 IV VersG; verfassungskonforme Auslegung

<b>Fall 5:</b> <b>Razzia in der „Deutschen Eiche“</b>	116-133
<u>Ausgangsfall:</u> Begriff der Versammlung; öffentliche Versammlung in geschlossenen Räumen; Polizeimaßnahmen (Identitätsfeststellungen, Durchsuchungen, Sicherstellungen; Videoaufnahmen) während und nach einer öffentlichen Versammlung in geschlossenen Räumen; Problem des Rückgriffs auf das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht im Rahmen einer Versammlung (Polizeifestigkeit einer Versammlung; Minusmaßnahmen auf Grundlage der Befugnisse nach VersG); Auflösung einer Versammlung gem. § 13 VersG; Anschlussmaßnahmen auf Grundlage des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts; Verfassungsmäßigkeit der §§ 13 und 12 a VersG	
<u>Variante:</u> Versammlungsfreiheit als vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht; Anwendbarkeit des VersG oder des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts bei einer nichtöffentlichen Versammlung (in geschlossenen Räumen); Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich des Versammlungsrechts; Zitiergebot des Art. 19 I S. 2 GG	
<b>Fall 6:</b> <b>Ein ganz normaler Polizeieinsatz</b>	135-155
Abgrenzung von Maßnahmen auf Grundlage der StVO und des POR; Standardmaßnahmen wie Ingewahrsamnahme, Betreten von Wohnungen, Durchsuchung von Personen; Richtervorbehalte; Sicherstellung; Abgrenzung präventive/repressive Polizeitätigkeit; Identitätsfeststellung; Datenabgleich; Voraussetzungen der Befugnisgeneralklausel (öffentliche Sicherheit; Gefahr)	
<b>Fall 7:</b> <b>Manni und die Verkehrskontrolle</b>	156-175
Befugnisse nach Straßenverkehrsrecht; Abgrenzung spezialgesetzlicher Befugnisnormen zu denen des POR; Rechtsnatur von Standardmaßnahmen; Sicherstellung von Sachen; Begriff und Komponenten der öffentlichen Sicherheit; Durchsetzung von Verfügungen mit Mitteln des Zwangs; Vernichtung von sichergestellten Sachen; Überprüfung von Berechtigungsscheinen; Vorladung	
<b>Fall 8:</b> <b>Warnungen vor „Radarfallen“</b>	176-192
<u>Ausgangsfall:</u> Befragung, Identitätsfeststellung, Verfügungen auf Grundlage der Befugnisgeneralklausel, Zuständigkeit der Vollzugspolizei für längerfristige Maßnahmen (Problem der Einfallkompetenz); Sicherstellung von Sachen; Durchsetzung von Verfügungen mit Mitteln des Zwangs; mittelbare Verursachung einer Gefahr (Theorie der unmittelbaren Verursachung)	
<u>Variante:</u> Warnungen vor Radarkontrollen im Rundfunk	
<b>Fall 9:</b> <b>Fehlalarm</b>	193-205
Standardmaßnahmen nach Polizeigesetz; unmittelbarer Zwang zur Durchsetzung einer Verfügung; Wohnungsbetretung; Anscheinsgefahr und Anscheinsstörer; Kosten eines Polizeieinsatzes	

<b>Fall 10: Folgen eines Hochsommers</b>	206-216
Verstoß gegen Vorschriften der Rechtsordnung als Beeinträchtigung des polizeilichen Schutzzguts der öffentlichen Sicherheit; Zwang im Sofortvollzug; Mitverursachung der Gefahr durch die Gefahrenabwehrbehörde	
<b>Fall 11: Unterbringung eines Obdachlosen</b>	217-234
<u>Prozessual</u> : Einstweilige Anordnung gem. § 123 VwGO; Unterscheidung zwischen Sicherungsanordnung und Regelungsanordnung einerseits und Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund andererseits; „Ermessensentscheidung“ des Gerichts	
<u>Materiell</u> : Ansprüche auf polizeiliches Einschreiten; staatliche Schutzpflicht; Opportunitäts- und Legalitätsprinzip; Ermessensreduzierung auf Null; Inanspruchnahme eines Nichtstörers; Folgenbeseitigungsanspruch (Variante 1); Amtshaftung (Variante 2)	
<b>Fall 12: Abschleppen</b>	235-249
Abschleppen von Kfz; Rechtsnatur und Wirksamwerden von Verkehrsschildern; Verwaltungszwang in Form einer Ersatzvornahme; Kosten der Abschleppmaßnahme; allgemeiner öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch; Amtshaftungsanspruch	
<b>Fall 13: Laserdrome</b>	250-259
Untersagung eines Gewerbes; Menschenwürdeverletzung bei simulierten Tötungshandlungen; Menschenwürde als Bestandteil der öffentlichen Ordnung; Europarechtskonformität einer gewerberechtlichen Verfügung	